

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbr. d

Inhalt

Wolfgang Clement, Vorstandssprecher der SPD, wirft der Bundesregierung Mitverantwortung für das Scheitern in Genf vor. Seite 1

Gert Weisskirchen MdB kommentiert die Kluft zwischen Bevölkerungs- und Parlamentsmehrheit in der Raketen-Frage: Entscheidung auf schwankendem Boden. Seite 4

Ernst Waltemathe MdB zur Auflösung des Pressedienstes Demokratische Initiative: Eine warnende Stimme verstummt. Seite 5

Hermann Buschfort MdB würdigt die Arbeit des ehemaligen Bundesbeauftragten für den Zivildienst: Hans Iven hat erfolgreich gewirkt. Seite 6

Dokumentation

Die Spitzenkandidatin der SPD für die Europa-Wahlen, Dr. Katharina Focke MdEP, skizzierte auf einer SPD-Veranstaltung am Freitag in Essen den Anspruch der Europäer auf gleichberechtigte Sicherheitspartnerschaft im westlichen Bündnis. Wir zitieren aus ihrem Referat jene Passagen, die sich unmittelbar mit dieser Thematik befassen. Seite 8

38. Jahrgang / 226

25. November 1983

Mitverantwortlich für die Fortsetzung des Wettrüstens

Die Bundesregierung hätte ihre Kraft nicht zur Irreführung der Öffentlichkeit, sondern zum Druck auf die Verhandlungspartner verwenden sollen

Von Wolfgang Clement
SPD-Vorstandssprecher

Die Bundesregierung steht heute - nach dem Abbruch der Genfer Verhandlungen - vor einem Scherbenhaufen immer gleicher falscher Prognosen und Irreführungen. Bis in die letzten Tage hinein haben die amtlichen und parlamentarischen Sprecher der Bonner Koalition den objektiv falschen Eindruck erweckt, die Sowjets würden zurückstecken, wenn der Westen nur "eisern" bleibe - erst bei den Genfer Verhandlungen selbst und dann in der Frage der Raketenstationierung auf unserer Seite.

Diese Verniedlichungspraxis der Bundesregierung, die in krassem Gegensatz zu den Fakten steht - die Stationierung auf unserer Seite setzt jetzt die Ost-West-Rüstungsspirale wieder in vollen Gang, wenn die Atomkräfte nicht doch noch in letzter Minute zur Einsicht gebracht werden können - wird schon anhand weniger Äußerungen des Kanzlers und seines Sprechers aus den letzten Tagen deutlich, die wir im folgenden dokumentieren:

Helmut Kohl, am 11. November 1983: "Ich bin sicher, daß die Sowjetunion aus ihrer eigenen Interessenlage heraus und entgegen ihrer jetzigen Erklärungen auch nach einer möglichen Stationierung über den Abbau der Mittelstreckenwaffen weiter verhandeln wird".

Helmut Kohl, 17. November 1983: "... daß das Tischtuch - mit einem Wort nicht zerschnitten wird -, und daß wir gute und optimistische Perspektiven setzen dürfen, ohne voreilig optimistisch zu sein, daß wir dann noch zu dem Ziel kommen, was wir unbedingt erreichen müssen: Weniger Waffen - Frieden schaffen mit immer weniger Waffen."

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Konzipiert, Layout
und ersten Abstrich
Bertoldo Pöcher



Helmut Kohl, 17. November 1983: "Und ich kann auch in den bilateralen Beziehungen zur Sowjetunion etwa auch nach der Rückkehr des Bundeswirtschaftsministers Graf Lambsdorff nirgends etwas erkennen, daß nun ab nächsten Mittwoch die Eiszeit ausbricht. Das ist einfach absurd. Und das ist eine Kampagne, um den Leuten in unserem Lande Angst einzujagen. Das hat mit der Realität der politischen Wirklichkeit in Europa und in der Welt nichts zu tun."

Helmut Kohl, 21. November 1983: "Die Sowjetunion hat keinen Anlaß, jetzt vom Verhandlungstisch aufzustehen."

Peter Boenisch, 23. November 1983: "Der Beginn der Stationierung schafft keine Veränderung der Verhandlungssituation."

Peter Boenisch, 24. November 1983: "Aber natürlich sieht die Bundesregierung eine Chance. Und ich würde auch sehr energisch davor warnen, die Dinge zu dramatisieren... Der Bundeskanzler hat sehr viel getan... Ich kann hier auch keine Verschärfung der Situation erkennen."

Schon diese Äußerungen, deren Zahl sich beliebig verlängern ließe, beispielsweise durch teilweise unwahre Angaben über neue Verhandlungsangebote von Sowjets und Amerikanern in Genf, zeigt: Die Bundesregierung hat einen blauäugigen Optimismus gepredigt, wo es darauf angekommen wäre, im deutschen Interesse direkten Einfluß auf die Verhandlungslage in Genf zu nehmen.

Dabei hat sich Helmut Kohl nicht nur über Forderungen und Warnungen der SPD-Opposition mit hohlen Sprüchen hinweggesetzt. Er hat auch skeptische Stimmen aus dem eigenen Lager mißachtet. So äußerte sich der westfälische CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf am 23. November während eines Moskau-Aufenthaltes gegenüber dem ZDF und machte bei dieser Gelegenheit klar, daß die Bundesregierung der deutschen Öffentlichkeit Sand in die Augen gestreut hat:

"Jeder sucht die Gelegenheit, die Dinge so, wie er sie sieht, mitzuteilen. Wir sollten uns in der Bundesrepublik Deutschland keine Illusionen darüber hingeben, wie ernst und wie schwerwiegend man hier in Moskau unsere Entscheidung bewertet."



Es gehört zur Vollständigkeit der Lagebeurteilung, daß auch keineswegs auszuschließen ist, daß die bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion von der schlimmen Entwicklung auf dem Rüstungssektor in Mitleidenschaft gezogen werden können. Im deutlichen Gegensatz zu den optimistischen Tönen von Kanzler und Bundeswirtschaftsminister steht beispielsweise eine Äußerung des Krupp-Generalbevollmächtigten Berthold Beitz vom 25. 11. 1983: "Diese Euphorie kann ich leider nicht teilen. Die Verhandlungen der Wirtschaftskommission standen unausgesprochen mehr unter dem Zeichen der drohenden Raketenauflistung. Auf beiden Seiten gab es Hoffnungen, daß die Raketen nicht stationiert würden, gab es die Hoffnung, daß harte sowjetische Gegenmaßnahmen in den Wirtschaftsbeziehungen wie Importbeschränkungen, keine neuen Verträge, also Verringerung des Handels vermieden werden... Die Erwartungen in der Öffentlichkeit sind zu hoch geschraubt."

Resümee: Die Bundesregierung hat schwere Verantwortung auf sich geladen, indem sie es unterließ, beide Seiten - auch die US-Administration - in Genf zu größerer Kompromißbereitschaft zu drängen. Kanzler Kohl, sein Wirtschaftsminister, sein Sprecher und andere haben stattdessen ihre Kraft damit vergeudet, die Situation zu verniedlichen und die Öffentlichkeit mit optimistischen Sprüchen permanent irreführen. Aufgrund dieser schweren Versäumnisse ist nicht nur die Chance verpaßt worden, die sowjetische SS-20-Überrüstung beträchtlich herunterzubringen. Die Bundesregierung ist vielmehr auch mitverantwortlich, wenn nunmehr die Rüstungsspirale auf eine noch unabsehbare Weise wieder in Gang gesetzt wird.

Die Forderung der SPD nach weiteren Verhandlungen zwischen den Atommächten, die den Teufelskreis von Nach- und Nach-Nach-Rüstungen doch noch durchbrechen könnten, erweist sich angesichts der neuesten Entwicklungen nicht nur als berechtigt, sondern als von Tag zu Tag dringlicher. Die Bundesregierung muß endlich ihre Abwiegungs- und Einigungsstrategie aufgeben und ihre Pflicht tun: Wenigstens jetzt alles in ihren Möglichkeiten Stehende beizutragen, bevor es zu spät ist, damit der Gesprächsfaden zwischen Ost und West nicht endgültig zerreißt. (-/25.11.1983/ks/rs)

+ + +



Der Boden schwankt, auf dem die Entscheidung ruht

Anmerkungen zur Kluft zwischen Bevölkerungs- und Parlamentsmehrheit in der Raketenfrage

Von Gert Weisskirchen MdB

Den Herbst des Jahres 1983 hat die Friedensbewegung nicht "heiß" gemacht, wie es die Scharfmacher herbeischreiben wollten: CSU-Zimmermann in vorderster Front, wie immer, wenn im Innern Konflikte zugespitzt werden sollen.

Dieser Vor-Herbst des Orwellschen Jahres sah Wochen des Ernstes und der Trauer zugleich. Hunderttausende haben ihren Willen leichtfertig zum Ausdruck gebracht im Namen der Mehrheit der Deutschen.

Bittend und fordernd hofften viele auf Umkehr der Mehrheit des Parlaments. Die Flut von Briefen, von Anrufen und von Gesprächen sind Zeichen genug, daß nahezu alle die Sorge bewegt, ob jetzt nicht das Klima zwischen Ost und West zu vereisen droht.

Berührt haben mich besonders die Gefühle der Ohnmacht, die aus den meisten Äußerungen spricht. Wie werden die Menschen antworten auf die Entscheidung des Parlaments? Erkennen sie sich wieder darin, wie der Bundestag die Debatte bestritten hat? Kann der Mehrheitsbeschluß die offensichtliche Lücke zwischen der Gehoramsamserwartung der Regierungskoalition und ihrem Loyalitätsverlust in breiten Schichten der Bevölkerung überbrücken?

Muß nicht befürchtet werden, daß wachsenden Irritationen nach außen sich eine innere Zerreißprobe hinzufügt? Der Boden schwankt, auf dem die Entscheidung ruht.

Tönende Selbstgewißheit sprach sich fehlende Sicherheit zu, Bedenken wurden weggeklatscht, tiefsitzende Angst niedergestimmt, der Mangel an Argumenten durch das überlebensgroße Ausmalen der sowjetischen Aufrüstung ersetzt: die Regierungskoalition zeigte sich verstockt.

Seit dem NATO-Doppelbeschluß hat eine breite Diskussion um die nukleare Abschreckung eingesetzt und wie nie zuvor die tiefen Widersprüche aufgedeckt. Dieser Lerngewinn darf nicht wieder verloren gehen.

Die Diskussion um unsere Sicherheit atmete bislang die Höhenluft der Experten; das ist vorbei. Diese Demokratisierung muß weiter geführt werden, sie ist auch ein Schutz gegen den Rückfall in die Verdrängung der erworbenen Erkenntnis.

Das ist die Chance des Parlaments: den Willen nach Veränderung unserer Sicherheitspolitik aufzunehmen und produktiv zu nutzen. Die Koalitionsparteien haben diese Chance verspielt; sie haben Augen und Ohren verschlossen. Übrig bleibt allein ihre Forderung, Mehrheitsbeschlüssen Folge zu leisten.

Was aber bleibt, wenn die Mehrheit der Bevölkerung dem Beschluß der Parlamentsmehrheit nicht folgen will? Bertolt Brecht hat im Blick auf den 17. Juni 1953 den Regierenden den ironischen Rat gegeben, wenn sie mit dem Volk nicht zufrieden sind, weil es anders will, sich doch ein neues Volk zu wählen.

Von der Umkehrung dieses Satzes halte ich mehr.

(-/25.11.1983/ks/rs)

+ + +



Eine warnende Stimme verstummt

Während die "Wende" die Rechten fördert, muß der Pressedienst Demokratische Initiative seine Arbeit aus Finanzgründen einstellen

Von Ernst Waltemathe MdB

1968 wurde der Presseausschuß Demokratische Initiative von Schriftstellern und Journalisten gegründet. Er sollte fortan antidemokratische und rechtsextremistische Entwicklungen und Publikationen aufspießen und die Gefahren von rechts öffentlich aufzeigen. In Broschüren und Taschenbüchern, die eine Gesamtauflage von über 300.000 erreichten, wurden neonazistische Aktivitäten dokumentiert, rechtskonservative Entwicklungen beschrieben und beispielsweise Wesen und Wirkung der nach wie vor wöchentlich erscheinenden Deutschen Nationalzeitung analysiert. Ein regelmäßiger Pressedienst sollte die konservativlastige Berichterstattung in den bundesdeutschen Medien wenigstens etwas korrigieren. Seit drei Jahren erscheint zweimal im Monat der "Blick nach Rechts".

Der PDI wurde von Anfang an verdächtigt, eine "kommunistische Tarnorganisation" zu sein. Der heutige parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Carl Dieter Spranger, nahm den Beitritt von acht weiteren SPD-Bundestagsabgeordneten im Frühjahr 1980 zum Anlaß, eine Form organisierter "Aktionseinheit" zu wittern und Verdächtigungen der "kommunistischen Unterwanderung" auszusprechen. Dabei war es Franz Josef Strauß höchstpersönlich, der im Vorfeld seiner Kanzlerkandidatur zur Bundestagswahl 1980 mit seinem berüchtigten "Ratten und Schmeißfliegen"-Urteil über Schriftsteller und Intellektuelle den Anlaß bot, daß immer mehr Abgeordnete aus Landtagen, Bundestag und Europa-Parlament den PDI unterstützten.

Der PDI hat schon frühzeitig vor Aktivitäten der "Wehrsportgruppe Hoffmann" sowie der "Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands" als Sammelbecken militanter Rechtsradikaler gewarnt; Verbote wurden gegen diese Organisationen im rechtsextremistischen Bereich erst ausgesprochen, als Attentate, Morde und Waffenfunde den "demokratischen" Organen unseres Staates keine andere Wahl mehr ließen. Lange genug hatte sich die bayerische Staatsregierung geweigert, Verbotsanträge zu stellen und klar dokumentierte Fakten überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Auf dem rechten Auge sieht man in Deutschland traditionell schlechter. Die "Wende" führt sogar dazu, daß die HIAG-Organisation der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS inzwischen schon keine Erwähnung im Verfassungsschutzbericht mehr findet.

Das Interesse an der Beobachtung im rechtsreaktionären Lager nimmt zu. Er schlägt sich aber nicht nieder in Abonnements und Broschüren-Abnahme.

Aus finanziellen Gründen muß nunmehr der PDI aufgelöst werden. Sein umfangreiches Archiv wird zwar an anderer Stelle erhalten bleiben. Es bleibt aber schade, daß offensichtlich eine regelmäßige systematische Darstellung von Entwicklungen und Wechselbeziehungen im rechtskonservativen bis rechtsradikalen Bereich unterbleiben wird.

Sozialdemokraten und andere sowie interessierte Journalisten werden auf eine bisher erscheinende konsequente Quelle verzichten müssen. Alle Bemühungen um die Herstellung einer vertretbaren finanziellen Basis für die notwendigen Personal- und Sachkosten sind daran gescheitert, daß zwar Interesse am Inhalt weiterhin besteht, aber die Abonnentenzahl nicht zu Auflagen führen kann, die für das Weiterbestehen erforderlich wären. (-/25.11.1983/ks/rs)

+ + +



Hans Iven hat erfolgreich gewirkt

Eine Würdigung des ehemaligen Bundesbeauftragten für den Zivildienst

Von Hermann Buschfort MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Am 17. November 1983 hat der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit den Bundesbeauftragten für den Zivildienst, Hans Iven, in den einstweiligen Ruhestand versetzt, nachdem das Kabinett am 15. November 1983 bereits den Nachfolger bestimmt hatte.

Nun ist die Versetzung eines politischen Beamten - und das ist der Bundesbeauftragte - in den einstweiligen Ruhestand ein im politischen Leben durchaus legitimer, normaler Vorgang, und so sieht es auch Hans Iven selbst.

Allerdings muß man bezweifeln, ob all das, was dieser Ruhestandsversetzung vorausgegangen ist, auch die Bezeichnung "normal" verdient: die Art, wie die neue Bundesregierung, wie Minister Geißler mit dem Bundesbeauftragten umgegangen ist. Doch darauf soll es hier jetzt nicht ankommen.

Vielmehr soll nachgeholt werden, was - auch das ist leider normal - bisher unterblieben ist: Die Feststellung nämlich, daß der Sozialdemokrat Hans Iven in seiner Amtszeit erfolgreich gewirkt hat, erfolgreich nicht nur für den Zivildienst, sondern damit auch für unsere Gesellschaft insgesamt.

Er hat in entscheidendem Maße dazu beigetragen, daß sich der Zivildienst qualitativ zu dem entwickeln konnte, was er heute ist: ein von der Allgemeinheit anerkannter Dienst, in dem jeder junge Mitbürger, der sich auf das in unserer Verfassung verbrieftete Recht der Kriegsdienstverweigerung beruft, seiner Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft in einer sinnvollen, seinem Selbstverständnis Rechnung tragenden Art und Weise nachkommen kann.

Gegen die - zumindest anfangs - zurückhaltende bis ablehnende Haltung mancher gesellschaftlicher Kräfte hat er sich in besonderem Maße um den Einsatz von Zivildienstleistenden in ambulanten Diensten für alte und behinderte Mitbürger bemüht.



und damit diesen Menschen die Chance eröffnet, möglichst lange ein Leben in Selbständigkeit und in vertrautem Umfeld zu führen. Dafür gebührt ihm in zweierlei Hinsicht Dank:

Er hat einmal die Erkenntnis in die Tat umgesetzt, daß es humanere, für die Gesellschaft auch wirtschaftlich sinnvollere Möglichkeiten als die der Heimunterbringung gibt, um für die trotz vieler Bemühungen und finanzielle Leistungen des Staates leicht an den Rand unserer Gesellschaft geratenden Mitmenschen Lebensqualität zu schaffen und zu erhalten. Wie wichtig dies ist, rückt erst in jüngster Zeit mehr und mehr in das allgemeine Bewußtsein. Nicht zuletzt hat Iven damit die Möglichkeit aufgezeigt, durch Betreuungsangebote für Alte und Behinderte neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Zum anderen hat er den Zivildienstleistenden Einsatzmöglichkeiten geschaffen, die sie einerseits als Dienst für sozialen Frieden erleben könnten, die aber andererseits in der physischen und psychischen Belastung den Vergleich mit dem Dienst in der Bundeswehr nicht zu scheuen brauchen. Damit hat er dazu beigetragen, Kriegsdienstverweigerer vom Vorwurf der Drückebergerei zu befreien.

Hans Iven darf für sich in Anspruch nehmen, etwas bewegt zu haben in unserer Gesellschaft. Alle, die nunmehr und künftig Verantwortung im Zivildienst für Kriegsdienstverweigerer tragen, täten - auch über Parteigrenzen hinweg - gut daran, seine Erkenntnisse und reichen Erfahrungen im Interesse unserer jungen Mitbürger und des Allgemeinwohls auch weiterhin zu nutzen. (-/25.11.1983/ks/rs)

+ + +



FEHLANZEIGE

JAHRGANG

38

ZEITUNGSNUMMER

226

DATUM

25 | 11 | 83

SEITE

8



Aber das ist nichts Neues. Im wirtschaftlichen Bereich erleben wir es längst. Quer über alle parteipolitischen Unterschiede hinweg widerstanden die Europäer geschlossen der amerikanischen Embargopolitik gegen das Erdgasröhrengeschäft. Es gibt den akuten Handelsstreit auf dem Stahl- und dem Agrarsektor zwischen den USA und der Europäischen Gemeinschaft. Im GATT droht man sich mit gegenseitiger Klage. Die Europäer kritisieren und beklagen ständig und gemeinsam - gleich ob konservative oder sozialistische Regierung oder Parlamentsfraktion - die amerikanische Hochzinspolitik, das US-Haushalts- und Handelsdefizit und den schwankenden Dollarkurs. Sie alle pochen auf die Selbständigkeit europäischer Handels- und Wirtschaftsinteressen. Zu allen diesen Fragen werden im Europäischen Parlament Entschlüsse mit großen Mehrheiten angenommen.

Die Konservativen tragen den Wirtschaftskonflikt mit den USA unter Berufung auf legitime europäische Eigeninteressen aus, scheuen aber noch ein solches Selbstbewußtsein in Fragen der Friedens- und Entspannungspolitik.

Noch werden auch unter Sozialisten Sicherheitsinteressen keineswegs so einmütig empfunden wie Handelsinteressen. Doch - dessen bin ich sicher: nach der Debatte um den NATO-Doppelbeschluss wird es nicht mehr so sein wie vorher. Loyalität ist auch für die, die Ja gesagt haben, überstrapaziert worden. Und das Selbstbewußtsein als Handelspartner führt auf die Dauer auch zu mehr Selbstbewußtsein als gleichberechtigter Sicherheitspartner.

(-/25.11.1983/ks/rs)

+ + +

